



Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen

Ausgabe: <u>GV. NRW. 2008 Nr. 7</u> Veröffentlichungsdatum: 20.12.2007

Seite: 136

Bekanntmachung über das Abkommen zur Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik (DIBt) und Vollzug der Marktüberwachung/aufsicht über harmonisierte Bautechnik

232

Bekanntmachung

über das Abkommen zur

Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut
für Bautechnik (DIBt) und Vollzug der Marktüberwachung/-aufsicht

über harmonisierte Bautechnik

Vom 20. Dezember 2007

Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat in seiner Sitzung am 19. Dezember 2007 gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung dem Abkommen zur Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik (DIBt) und Vollzug der Marktüberwachung/-aufsicht über harmonisierte Bautechnik zugestimmt.

Der Staatsvertrag wird nachfolgend bekannt gemacht.

Der Tag des Inkrafttretens des Staatsvertrages wird gemäß Nummer 2 gesondert bekannt gemacht.

Düsseldorf, den 20. Dezember 2007

Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

Dr. Jürgen Rüttgers

(L. S.)

Abkommen zur Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik (DIBt-Änderungsabkommen)

Die Bundesrepublik Deutschland

und

das Land Baden-Württemberg,

der Freistaat Bayern,

das Land Berlin,

das Land Brandenburg,

die Freie Hansestadt Bremen,

die Freie und Hansestadt Hamburg,

das Land Hessen,

das Land Mecklenburg-Vorpommern,

das Land Niedersachsen,

das Land Nordrhein-Westfalen,

das Land Rheinland-Pfalz,

das Saarland,
der Freistaat Sachsen,
das Land Sachsen-Anhalt,
das Land Schleswig-Holstein,

der Freistaat Thüringen

vereinbaren, vorbehaltlich der Zustimmung ihrer gesetzgebenden Körperschaften, soweit diese durch die Verfassung vorgeschrieben ist, die nachstehenden Änderungen des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik:

1. Das Abkommen über das Deutsche Institut für Bautechnik wird wie folgt geändert:

a) Artikel 2 wird wie folgt geändert:

aa) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

"(2) Das Institut hat die Aufgabe, die für die Marktaufsicht im Sinne von § 13 Bauproduktengesetz zuständigen Behörden fachlich zu beraten sowie die Marktaufsichtsverfahren der Länder zu koordinieren. Das Institut kann hierzu Gutachten und Prüfungen in Auftrag geben."

bb) Die bisherigen Absätze 2, 3, 4 und 5 werden die Absätze 3, 4, 5 und 6.

cc) Im neuen Absatz 4 wird die Angabe "Absatz 5" durch die Angabe "Absatz 6" ersetzt.

b) In Artikel 5 Abs. 2 wird die Angabe "Artikel 2 Abs. 1, 2, 4 und 5" durch die Angabe "Artikel 2 Abs. 1, 2, 3, 5 und 6" ersetzt.

c) Artikel 7 wird wie folgt geändert:

aa) In Absatz 2 Satz 1 Nr. 7 wird die Angabe "Artikel 2 Abs. 4 Nr. 2" durch die Angabe "Artikel 2 Abs. 5 Nr. 2" ersetzt.

bb) In Absatz 5 Satz 5 wird die Angabe "Artikel 2 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 4 Nr. 2 und Abs. 5 Nr. 1" durch die Angabe "Artikel 2 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 5 Nr. 2 und Abs. 6 Nr. 1" ersetzt.

d) In Artikel 9 Abs. 2 wird die Angabe "Artikel 2 Abs. 2" durch die Angabe "Artikel 2 Abs. 3" ersetzt.

- e) In der Protokollnotiz zu Artikel 15 Abs. 1 wird die Angabe "Artikel 2 Abs. 4 Nr. 2" durch die Angabe "Artikel 2 Abs. 5 Nr. 2" ersetzt.
- 2. Dieses Abkommen tritt am 1. des Monats in Kraft, der dem Monat folgt, in dem die letzte der von den Beteiligten ausgefertigten Vertragsurkunden der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung des Landes Berlin zugeht.

Für die Bundesrepublik Deutschland

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

In Vertretung

Staatssekretär

Dr. Lütke Daldrup

Berlin, den 14. Februar 2006

Für das Land Baden-Württemberg

Der Innenminister

Heribert Rech

Stuttgart, den 13. Dezember 2004

Für den Freistaat Bayern

Der Staatsminister des Inneren

Dr. Günther Beckstein

München, den 19. Januar 2005

Für das Land Berlin

Die Senatorin für Stadtentwicklung

Ingeborg Junge-Reyer

Berlin, den 10. März. 2005

Für das Land Brandenburg

Der Ministerpräsident vertreten durch den Minister für Infrastruktur und Raumordnung

Frank Szymanski

Potsdam, den 21. Juni 2005

Für die Freie Hansestadt Bremen

Der Senator für Bau, Umwelt und Verkehr

Jens Eckhoff

Für die Freie und Hansestadt Hamburg

Der Senator für Stadtentwicklung und Umwelt

Dr. Michael Freytag

Hamburg, den 17. März 2006

Für das Land Hessen

In Vertretung

des Ministerpräsidenten

Der Minister

für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung

Dr. Alois Rhiel

Wiesbaden, den 10. November 2004

Für das Land Mecklenburg-Vorpommern

Der Minister für Arbeit, Bau und Landesentwicklung

Helmut Holter

Schwerin, den 24. Januar 2005

Für das Land Niedersachsen

Die Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit

Dr. Ursula vonder Leyen

Hannover, den 9. März 2005

Für das Land Nordrhein-Westfalen

Namens des Ministerpräsidenten

Der Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport

Dr. Michael Vesper

Düsseldorf, den 7. Juli 2004

Für das Land Rheinland-Pfalz

In Vertretung des Ministerpräsidenten

Der Minister der Finanzen

Gernot Mittler

Für das Saarland

Der Minister für Umwelt

Stefan Mörsdorf

Saarbrücken, den 10. Januar 2005

Für den Freistaat Sachsen

Der Staatsminister des Inneren

Horst Rasch

Dresden, den 23. Juli 2004

Für das Land Sachsen-Anhalt

Für den Ministerpräsidenten

Der Minister für Bau und Verkehr

Dr. Karl-Heinz Deahre

Magdeburg, den 14. Oktober 2004

Für das Land Schleswig-Holstein

Für die Ministerpräsidentin

Der Innenminister

Klaus Buß

Kiel, den 26. Oktober 2004

Für den Freistaat Thüringen

Der Minister für Bau und Verkehr

Andreas Trautvetter

Erfurt, den 21. September 2005

GV. NRW. 2008 S. 136